
FDP Neu-Isenburg

BELEBUNG DER FUSSGÄNGERZONE – NUR SACHE DER HAUSBESITZER UND HÄNDLER?

07.01.2020

FDP ERMUNTERT DIE STADT, HIER MUT ZU WAGEN!

Die von der CDU bzw. von den Händlern kurz vor Weihnachten angesprochene Situation in der Fußgängerzone (wenig Passanten außerhalb des Wochenmarktes; leerstehende Geschäfte) kann auch die FDP vor Ort nachvollziehen. Allerdings warnen die Liberalen davor, hier ausschließlich Händler und Grundeigentümer in die Pflicht zu nehmen.

„Die Einrichtung der Fußgängerzone hat die Aufgabe von Traditionsgeschäften leider nicht stoppen können – so sehr sich die Stadt auch angestrengt hat, Verschönerungen vorzunehmen“, so Fraktionsvorsitzender Seipel. „Wir regen daher an, in Absprache mit der IG City über verkehrliche Maßnahmen nachzudenken, die zu einer Belebung beitragen könnten. Denkbar ist hier die Einrichtung eines Shared Space, also der zeitlich begrenzten Zulassung von Fahrzeugverkehr inkl. Kurzparkmöglichkeiten, der etwa von der Ludwigstraße durch die Bahnhofstraße zur Luisenstraße geführt werden könnte.“

Stadtverordneter Müller gibt ein konkretes Beispiel: „Ein gutes Beispiel ist hier die Schillerstraße in Frankfurt, wo vormittags Fahrzeugverkehr in Schrittgeschwindigkeit zugelassen ist, um es insbesondere auch älteren oder mobilitätseingeschränkten Mitbürgern zu ermöglichen, die dort vorhandenen Traditionsgeschäfte anzusteuern“.

Stadtrat Frache hierzu: „Auch als Vertreter des Magistrates kann ich mir eine solche Lösung vorstellen; diese sollte aber nach einigen Monaten evaluiert werden – interessant wäre es aber schon, in Erfahrung zu bringen, ob hierdurch ein Impuls zur Ansiedlung neuer Ladengeschäfte gegeben werden kann.“

Die Kreistagsabgeordnete Susann Guber ergänzt: „Die Stadt hat erst kürzlich begonnen,

Nord-Süd-Achsen für Fahrradstraßen zu untersuchen. Eine solche Nord-Süd-Achse könnte ebenfalls unter Nutzung der Luisen- und Ludwigstraße durch die Bahnhofstraße führen – auch so würden deutlich mehr Menschen in die Bahnhofstraße gelenkt.“

Zusammenfassend resümieren die Freien Demokraten: „Die Stadt soll und kann die Händler und Eigentümer nicht zu irgendwelchen Maßnahmen zwingen - das ist auch nicht ihre Aufgabe. Aber sie kann durch verkehrspolitische Maßnahmen einen Versuch starten, mehr Menschen in die Bahnhofstraße zu locken. Lasst es uns versuchen!"